



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)
Drucksache 19/5237**

Inhalt des Antrags: **Gebührenfreie Deutschkurse unabhängig vom
Aufenthaltstatus**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistung
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 52
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderung von Integrationsmaßnahmen

Veränderung

von um auf

Leistungsplan 2018:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	20.740,0	+2.400,0	23.140,0
Produktabgeltung	20.740,0	+2.400,0	23.140,0

Leistungsplan 2019:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	6.220,0	+2.400,0	8.620,0
Produktabgeltung	6.220,0	+2.400,0	8.620,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten soll diskriminierungs- und gebührenfreier Zugang zu Deutschkursen eröffnet werden. Diese Chance besteht bislang im Rahmen der für viele Personengruppen inzwischen kostenpflichtigen Integrationskurse, an denen - ausschließlich im Rahmen verfügbarer Kapazitäten - Asylsuchende nur dann teilnehmen können, wenn ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist (derzeit nur Menschen aus Iran, Irak, Syrien, Eritrea). Auch Menschen, die über eine Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG oder eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG verfügen, können, wenn Plätze vorhanden sind, an den Kursen teilnehmen, während Flüchtlinge aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten von vornherein von den Kursen ausgeschlossen sind. Das Landesprogramm „MitSprache – Deutsch4U“, das niedrigschwellige Deutschkurse für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete fördern möchte, richtet sich ebenfalls primär an Personen, "bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist".

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler